

Bundesvorstandsklausur:

„Wir wollen Volkspartei für jeden sein“

Der CDU-Bundesvorstand hat heute die Berliner Erklärung „Unsere Perspektiven 2010 bis 2013“ verabschiedet. „Die einstimmige Akzeptanz zeigt, dass sich alle – egal welcher Strömung innerhalb der Partei sie angehören – mit dieser Berliner Erklärung identifizieren können“, erklärte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel im Anschluss an die Beratungen.

Die „ehrliche Analyse“ des Bundestagswahlergebnisses habe gezeigt, „dass wir den Weg, den wir in den letzten Jahren gegangen sind, konsequent fortsetzen können“, erklärte die Bundeskanzlerin. Nur auf diesem Weg sei es möglich, „die CDU Deutschlands auch im 21. Jahrhundert als Volkspartei weiterzuentwickeln“. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, „ein Angebot für jeden in der Gesellschaft“ zu machen. Um diesem Anspruch als „Volkspartei für jeden“ gerecht zu werden, gelte es sowohl die Interessen der Stammwähler zu berücksichtigen als auch neue Wähler zu gewinnen, sagte die Kanzlerin.

Merkel erklärte, die Bürger erwarteten Antworten auf dringende Fragen wie der nach Arbeitsplätzen, sozialer Sicherheit und Integration. Die CDU werde sich daher 2010 ganz besonders auf das Thema „Gesellschaft als Chancengesellschaft“ konzentrieren. Sie wolle gleiche Chancen für alle ermöglichen



Foto: www.bilder.cdu.de

Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, bei der Pressekonferenz nach der Klausurtagung des Bundesvorstands

und sich den Themen Familie, Kinder und Bildung besonders widmen.

Die Bewältigung der Wirtschaftskrise weiter im Mittelpunkt

Die Überwindung der Wirtschaftskrise werde auch künftig weite Teile der Regierungsarbeit prägen, sagte Angela Merkel. Der Wirtschaftseinbruch von fünf Prozent im vergangenen Jahr sei der schlimmste seit 1932. Deshalb müssten Antworten auf die Frage gefunden werden: „Wie schaffen wir Wachstum und wie kommen wir stärker aus der Krise heraus, als wir hineingegangen sind?“ In ihrer Berliner Erklärung habe die CDU die Spielräume beschrieben, die es trotz Wirtschaftskrise und Schuldenbremse gebe, sagte Merkel. Dabei

spielten Steuersenkungen für die kleinen und mittleren Unternehmen weiter eine zentrale Rolle.

Darüber hinaus gab die CDU-Vorsitzende bekannt, dass am 22. März der CDU-Bundesausschuss in Berlin zusammenkommen wird. Im Vorfeld der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wird vom 14.–16. November der diesjährige Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Karlsruhe stattfinden.

Bereits in seiner Sitzung am Donnerstag hatte der Bundesvorstand auf das vergangene Wahljahr zurückgeblickt. Dazu hatte Meinungsforscher Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen das Ergebnis der Bundestagswahl 2009 analysiert. Demnach habe die Union von der SPD fast 900.000 Wähler abwerben können, über eine Million

Wähler der Union hätten bei der Wahl aber zur FDP gewechselt. Insgesamt sei das bürgerliche Lager bei der Bundestagswahl klar gestärkt worden.

Besonders bei weiblichen Wählern konnte die Union zulegen: rund 36 Prozent der Frauen gaben ihre Stimme bei der Bundestagswahl 2009 CDU und CSU, am stärksten konnte die Union dabei in der Altersgruppe der 30 bis 44-jährigen gewinnen (+5 Prozentpunkte). Männliche Wähler entschieden sich zu 31 Prozent für die CDU. Jung betonte, dass

BERLINER ERKLÄRUNG



Die Berliner Erklärung steht Ihnen unter:
<http://www.cdu.de/doc/pdf/100115-Berliner-Erklärung.pdf>
zum Download zur Verfügung.

die Verluste an die FDP vor allem damit zu begründen seien, dass viele dieser Wählerinnen und Wähler taktisch gewählt hätten, damit Angela Merkel weiterhin Kanzlerin bleibe.

Künftig könne die Union, so Jung, vor allem mit einer noch stärkeren Positionierung in der Mitte erfolgreich sein. Wenn sich die Union auf Veränderungen in der Gesellschaft noch besser einstelle, seien auch Wahlergebnisse möglich, die über dem Erreichten liegen.

Das „C“ als Grundlage und Kompass der Politik

Als besondere Gäste bei der diesjährigen Klausur begrüßte der Bundesvorstand die beiden Spitzenvertreter der beiden großen deutschen Volkskirchen, den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, und die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischofin Margot Käßmann. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe bezeichnete das Gespräch als „gut und äußerst vertrauensvoll“. Es habe sich gezeigt, dass „die beiden großen Volkskirchen und die CDU das Anliegen teilen, das Bewusstsein für die christlichen Grundlagen der freiheitlichen Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft zu stärken“, so Gröhe.



Im Gespräch: Die Spitzenvertreter der beiden großen Volkskirchen, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, und die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischofin Margot Käßmann, mit Angela Merkel und Hermann Gröhe

Landesbischofin Käßmann bekräftigte, Politikerinnen und Politiker in der Wahrnehmung ihrer Verantwortung bestärken zu wollen. „Die Jahreslosung: ‚Eurer Herz erschrecke nicht! Glaub an Gott und glaubt an Jesus Christus!‘ ermutigt dazu, sich auch schwierigen Fragen unverzagt zu stellen“, erklärte die EKD-Ratsvorsitzende. „Es ist wichtig, dass die CDU als große Volkspartei sich auch in Zukunft mit dem „C“ zum christlichen Menschenbild als Grundlage und Kompass ihrer

Politik bekennt. Dabei ist es notwendig, ein Wertefundament zu vertreten, das für unsere Gesellschaft Stabilität bedeutet“, unterstrich Erzbischof Zollitsch.

Zusammenarbeit von Kirche und Politik weiter wichtig

Die Gesprächspartner waren sich einig, dass die großen Herausforderungen der Zukunft nur in einer gemeinsamen Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte bewältigt werden können.

Dazu gehöre insbesondere die enge Zusammenarbeit von Kirchen und Politik. CDU-Generalsekretär Gröhe betonte: „Ob es um den Weg aus der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geht, um gerechte Bildungschancen, um die Bewahrung der Schöpfung, um die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme oder um Deutschlands Verantwortung in der Welt: Die beiden großen Volkskirchen und die CDU sind füreinander besonders wichtige Gesprächspartner.“

DIE AKTUELLEN VIDEOS VON CDU.TV ZUR AUFTAKT-KLAUSUR DES CDU-BUNDESVORSTANDS FINDEN SIE HIER:

- Exklusives Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel
- Dem „C“ verpflichtet. Margot Käßmann und Robert Zollitsch im Gespräch mit CDU.TV
- Statement von CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe



AKTUELLE MATERIALIEN ZUM WACHSTUMSBESCHLEUNIGUNGSGESETZ

Folgende Materialien zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz stehen Ihnen im CDUNet unter www.cdunet.de zum Download zur Verfügung:

- **Flugblätter:** „Rückenwind für den Mittelstand – gut für unsere Arbeitsplätze“ · „Familien stärken – Bürgerinnen und Bürger entlasten – Arbeitsplätze sichern“ · „Familien stärken – für eine menschliche Gesellschaft“
- **Argumentationspapier:** „Durch mehr Wachstum schneller aus der Krise“
- **Musterrede** für die Neujahrsempfänge

